

**Antworten der Freien Demokraten
auf die Wahlprüfsteine Deutschland-Israel
von der Initiative 27. Januar e. V. und Honestly Concerned e. V.
zur Bundestagswahl 2017**

**1. Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zu den deutsch-israelischen Beziehungen
(Themenbereich I)**

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten ein. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und der wichtigste Partner Deutschlands und der EU in der Region. Grundlage unserer Politik und Staatsräson bleibt das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir treten dabei für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten-Modell mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können. Dabei wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit einbringen.

Wir Freie Demokraten haben diese Politik unter Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Guido Westerwelle über Jahrzehnte gestaltet und umgesetzt. Die vielschichtige, enge und vertraute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel ist in erster Linie ein Verdienst freidemokratischer Außenpolitik. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Wir Freie Demokraten bekämpfen Antisemitismus und Antizionismus mit aller Entschiedenheit. Bei uns findet niemand eine politische Heimat für antiisraelische Politik.

**2. Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zum Antisemitismus in Deutschland
(Themenbereich II)**

In Deutschland haben gruppenbezogene Menschenanfeindungen wie Antisemitismus keinen Platz. Die konsequente Bekämpfung des Antisemitismus ist eine dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft. Angesichts der zunehmenden Hetze und fremdenfeindlicher Gewalttaten müssen wir die Werte und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie schützen. Diese werden von Rechts- und Linksextremen gleichermaßen bedroht wie von Islamisten und Antisemiten. Nichts davon ist zu tolerieren, sondern erfordert die Gegenwehr aller Demokraten in Deutschland und Europa.

Auch subtilen oder sekundären Formen des Antisemitismus muss konsequent entgegengetreten werden. Für den politischen Diskurs gilt, dass berechtigte Kritik gegenüber Freunden und Partnern möglich sein muss, aber keinesfalls ungewollt sekundärem Antisemitismus Vorschub leisten darf. Deutschland kommt hier auf Grund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung zu.

Angesichts der wachsenden Sorge jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor einem zunehmenden Antisemitismus durch Flüchtlinge, die in einer israel- und judenfeindlichen Umgebung aufgewachsen

sind, müssen sich unsere Anstrengungen hier auf einen guten Integrationsprozess und als Grundstein eines solchen auf Bildung richten. Wir Freie Demokraten treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren. Dort, wo trotzdem gegen die Regeln unseres Grundgesetzes und der darauf aufbauenden Rechtsordnung verstoßen wird, ist nicht nur bürgerschaftliche Gegenwehr, sondern auch unser Rechtsstaat gefordert, gegen solche Rechtsverletzungen konsequent und zügig vorzugehen.

3. Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zu Ansätzen für eine Friedensregelung im Arabisch-Israelischen Konflikt (Themenbereich III)

Mit jedem Terroranschlag und mit jeder militärischen Gegenaktion wird der Graben aus Hass und Feindschaft im Nahen Osten tiefer, wird der Weg zum Frieden immer schwieriger. Beide Seiten wissen, es muss zu einem friedlichen Miteinander kommen. Weder wird es dem palästinensischen Terror gelingen, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, noch wird die palästinensische Gewaltbereitschaft durch unverhältnismäßige militärische Gegenmaßnahmen gebremst werden können.

Wir Freie Demokraten treten für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten-Modell mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können. Die staatliche Souveränität Palästinas kann nur das Ergebnis erfolgreicher Friedensverhandlungen und direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina sein, die mit einer uneingeschränkten Anerkennung Israels einhergehen müssen. Dies gilt nicht nur für die Fatah, sondern ausdrücklich auch für die Hamas. Durch israelische Siedlungsbauten werden die Friedensverhandlungen zusätzlich zur ohnehin angespannten politischen Situation nicht leichter. Allerdings kann und wird Israel einer Zweistaatenlösung nur zustimmen, wenn die Bedrohung seiner Bevölkerung und seines Territoriums durch Krieg, Terror und Raketenbeschuss aufhört. Um erfolgreich Verhandlungen zu führen, bedarf es neuer diplomatischer Anstrengungen und direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina. Hierbei können die USA und die EU als neutrale Dritte vermitteln. Als überzeugte Europäer wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit einbringen.

4. Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zur Nahostpolitik (Themenbereich IV)

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten ein. Dabei sind die Grundsätze des Völkerrechts und die Menschenrechte für uns Freie Demokraten nicht verhandelbar. Antiisraelischen oder gar antisemitischen Tönen darf kein Raum gegeben werden, denn Toleranz gegenüber der Intoleranz darf es weder von staatlicher oder privater Seite noch in internationalen Organisationen geben. Um der Radikalisierung junger Menschen in Deutschland, Europa und im Nahen Osten entgegenzuwirken, darf für Propaganda kein Raum bleiben. Anfeindungen, Lügen oder die Glorifizierung des Terrorismus dürfen insbesondere in Schulbüchern keinen Platz haben. Deshalb bedarf es einer umfassenden Prävention in Schulen, Moscheen, Jugendzentren, aber auch in Internetforen und sozialen Netzwerken. Die bisherigen Bemühungen und Investitionen sind dafür nicht ausreichend. Außerdem müssen Deutschland und die EU als

einer der größten Geldgeber in der Region dafür Sorge tragen, dass dafür vorgesehene Gelder wirklich für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden und nicht missbraucht werden können.

Innerhalb der EU unterstützen wir Freie Demokraten die Einbindung Israels im Rahmen der Assoziierungspolitik. Wir wollen, dass die EU die intensive Zusammenarbeit zum Beispiel im Forschungsbereich mit Israel fortsetzt. Israel und die EU sind enge Partner auch in der Spitzenforschung. Wir haben durch Zusammenarbeit viel zu gewinnen.